

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Hauptausschusses der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 4. Dezember 2014
im gr. Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend: Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender
Bürgermeister Dr. Michael Wilke

Stadträtinnen und Stadträte: Berg (als Vertretung Martin), Bernnat (ab 8.55 Uhr),
Claassen, Escher (als Vertretung Jaenisch), Gula (ab
8.40 Uhr), Herzog, Höfler, Krauel (10.35 bis 11.30 Uhr
abwesend), Krämer, Kurfeß, Lindemer, Lusche, Perinelli
(ab 11.30 Uhr), Roßkopf, Schlecht, Wernthaler (als
Vertretung Salinas de Huber)

Entschuldigt: Jaenisch, Martin, Salinas de Huber

Ferner: Ortsvorsteher Simon
Stadtrat Dr. Vogelpohl als Zuhörer

Fachbereichsleiterin Buchauer (ab 10.15 Uhr)
Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer
Frau Williams, Leiterin Büro des Vorstands
Fachbereichsleiter Bühler
Fachbereichsleiter Frick (ab 10.30 Uhr)
Fachbereichsleiter Kleinmagd
Fachbereichsleiter Wipf
Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald (11.00 bis 12.50 Uhr)
Stellv. Fachbereichsleiterin Schneider (ab 10.15 Uhr)
Stellv. Personalratsvorsitzender Huber (11.30 bis 12.50 Uhr)
Frau Proba, FB Finanzen
Herr Flick, FB GGM (ab 10.05 Uhr)
Herr Röslen, FB Finanzen

Urkundspersonen: Stadträtin Kurfeß und Stadtrat Schlecht

Schriftführung: Frau Heinze und Herr Ockenfuß

Beginn: 8.30 Uhr

 Pausen: 10.35 bis 11.00 Uhr / 12.50 bis 13.35 Uhr

Ende: 14.20 Uhr

TOP 1

Haushaltsplan 2015

Vorlage: 206/2014, Haushaltsplanentwurf 2015, Haushaltsplanaufstellungskonzept - Standardthemen, Änderungsliste vom 27.11.2014

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Mitglieder des Hauptausschusses, alle weiteren Gemeinderäte sowie die Vertreter der Presse. Der Haushaltsplanentwurf 2015 liege nun vor. Die Resonanz aus den Ortsteilen sei durchweg positiv. Zwar habe man nicht jeden Wunsch erfüllen können, jedoch hätten die Ortschaftsräte dem Haushaltsplanentwurf zugestimmt. Die Kreisumlage sei höher ausgefallen als ursprünglich angenommen, was zu einem höheren Defizit führe. Hinsichtlich der Stellung von Haushaltsanträgen wolle man zukünftig ein übersichtlicheres Verfahren erarbeiten.

Stadträtin Höfler erklärt, sie wolle auf eine ausführliche Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf verzichten und sich zu den einzelnen Haushaltsanträgen gesondert äußern.

Stadtrat Schlecht führt aus, dass die Stadt Lörrach nicht schlecht dastehe. Die Rahmenbedingungen seien gut. Auf der Einnahmenseite seien hohe Erträge sowie hohe Schlüsselzuweisungen zu verzeichnen. Die Gewerbesteuer bleibe konstant. Auf der Ausgabenseite sei zu beachten, dass nicht nur die Ausgaben allgemein, sondern auch die FAG-Umlage und die Kreisumlage angestiegen seien. Auch der Ausbau der Kinderbetreuung falle deutlich ins Gewicht. Zudem rechne die Verwaltung künftig mit höheren Personalkosten. Die Stadt nehme kostenintensive Maßnahmen vor, so beispielsweise im Bereich Klimaschutz oder im Rahmen der Unterbringung von Flüchtlingen. Die Fraktion der SPD befürworte die Bezuschussung der Einrichtung Nellie Nashorn, jedoch müsse das Controlling in der Einrichtung verbessert werden. Man freue sich über den Ausbau der Stadtmission für das Theater Tempus fugit. Auch die städtische Infrastruktur dürfe man zukünftig nicht vernachlässigen. Es gelte den Investitionsstau abzubauen. Auch die Abschreibungen müsse man erwirtschaften. Wichtige Projekte seien der Neubau der Halle in Brombach sowie die Maßnahmen in der Schlossberg- und in der Neumattschule. In Hauingen seien die Maßnahmen im Bereich Hochwasserschutz sehr wichtig. Die Neugestaltung des Hebelparks sowie die Maßnahmen im Grütt wolle man später diskutieren. Auch über die Villa Aichele müsse man reden. Er wundere sich darüber, warum der Haushaltsplanentwurf keine Maßnahmen hinsichtlich des Postareals vorsähe. Es sei gut, dass keine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer angepeilt werde. Der Kernhaushalt weise Schulden in Höhe von rund 18 Millionen Euro auf, weitere Schulden bestünden in Höhe von rund 68 Millionen Euro. Diese Schulden dürfe man nicht aus den Augen verlieren. Der Haushaltsplanentwurf sei grundsätzlich ernüchternd und durchwachsen. Die Vereine wolle man in ihren Anträgen unterstützen, jedoch bedürfe es künftig Fristen bei der Einreichung von Anträgen. Er freue sich auf eine gute Diskussion.

Stadtrat Claassen betont, dass die Kunst der Verwaltung darin bestehe, Pflichtaufgaben auf hohem Niveau möglichst kostengünstig anzubieten. Die Region sei keine strukturschwache Gegend. Der Haushalt sei jedoch kein Investitions- sondern ein

Sozialhaushalt. Der Schuldenstand der Stadt, Investitionen und Abschreibungen müsse man stets berücksichtigen.

Stadträtin Kurfeß erklärt, dass die Steuerkraftsumme hoch sei. Die Kreisumlage liege bei 32 Prozent. Sie wünsche sich im Rahmen der Haushaltsberatungen faire und sachorientierte Verhandlungen. Es gebe vielseitige Sichtweisen, jedoch müsse man miteinander arbeiten. Der Haushaltsplanentwurf sehe eine Kreditaufnahme in Höhe von 2 Millionen Euro, einen Griff in die Rücklagen, aber keine Sondertilgung vor. Man tätige Investitionen in Höhe von 11,8 Millionen Euro. Über den Antrag hinsichtlich der Schlossbergschule müsse man diskutieren. Weitere wichtige Maßnahmen seien die Mehrzweckhalle in Tumringen, der Ausbau des Boulevard Belchenstraße, der Kauf und Ausbau des Gebäudes der Stadtmission für das Theater Tempus fugit, der Kauf des Bonifatius-Areals und die Investitionen in Maßnahmen auf dem Weg zur klimaneutralen Kommune. Ebenso wichtig seien die Sanierung der Neumattschule sowie die energetische Sanierung des Rathauses. Man müsse jedoch die Folgekosten beachten. Sie hoffe auf ein gutes Voranschreiten des Wettbewerbs RegioWin. Die Entwicklung eines klimaneutralen Modellquartiers im Bereich Rathaus, Landratsamt und Bahnhofsvorplatz werde die Stadt in den kommenden Jahren finanziell als auch städtebaulich beschäftigen. Der Haushalt weise indes einen investiven Charakter auf. Der letzte Haushaltsplan habe Schwerpunkte im kulturellen Bereich gesetzt. Die Fraktion der Grünen wolle die Einrichtung Nellie Nashorn finanziell unterstützen. Die Einrichtung brauche einen Neuanfang. Auch im Bereich Sport habe der vergangene Haushalt Schwerpunkte gesetzt, was im Haushalt 2015 nicht mehr so zu Tragen komme. Hinsichtlich der Neugestaltung des Hebelparks sei eine gute Beteiligung der Bürger erfolgt. Wenn man nicht jetzt Maßnahmen ergreife, wann dann. Sie wünsche sich gute Beratungen.

Fachbereichsleiter Kleinmagd präsentiert im Folgenden die Standardthemen des Haushaltsplanentwurfs 2015 (Anlage 1). Er erläutert zudem das Gewerbesteueraufkommen.

Herr Röslen erläutert im Folgenden anhand von Folien die Änderungen beim Finanzausgleich im Vergleich zu den Vorjahren. Die Veränderungen hingen auch damit zusammen, dass zunehmend mehr Lörracher Einwohner in der Schweiz beschäftigt seien. Die zu leistenden Aufwendungen im Bereich des FAG seien gestiegen. Auch die Kreisumlage sei gestiegen.

Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer legt im Folgenden dar, warum die Personalkosten insgesamt in größerem Umfang gestiegen seien. Hierfür verantwortlich seien einerseits die tariflichen Erhöhungen sowie die vielen Neueinstellungen im Bereich der Kinderbetreuung. Allein aus diesen beiden Punkten resultiere eine Erhöhung der Personalaufwendungen um 1,33 Millionen Euro. Auch weitere Stellen, beispielsweise im Fachbereich Grundstücks- und Gebäudemanagement, seien unter Einbeziehung des Gemeinderates geschaffen worden.

Frau Proba erläutert im Weiteren die anfallenden Bauunterhaltungskosten. Diese würden - im Aufgabenbereich des Fachbereichs Grundstücks- und Gebäudemanagement -

hauptsächlich im Rahmen von Brandschutzmaßnahmen, beispielsweise in der Hellbergschule, aber auch im Rathaus anfallen. Auf dem für den Neubau des Hotels vorgesehenen Grundstück fallen Altlasten an, für deren Beseitigung die Stadt Mittel im Haushalt eingeplant habe. Ebenso seien für die Sanierung des Café Rosengarten Mittel eingeplant worden. Im Aufgabenbereich des Fachbereichs Straßen/Verkehr/Sicherheit seien die Sanierung von Brücken, verschiedene Kanalsanierungen und die Erschließung des Radwegs westlich der Wiese vorgesehen. Auch auf die Bewirtschaftungskosten der städtischen Gebäude geht sie ein. Der Stromverbrauch nehme insgesamt zu, da die Stadt zunehmend mehr Gebäude mit stromintensiver technischer Ausstattung betreibe. Öl werde man im Jahr 2015 nicht mehr verbrauchen. Mehrausgaben gebe es auch im Bereich der Gebäudereinigung. Die Kosten für Leistungen des Werkhofs würden indes um rund 200.000 Euro steigen. Zum einen steige der Betrag durch den Ansatz von 100.000 Euro für Leistungen im Bereich Straßenreinigung, zum anderen durch allgemein höhere Verrechnungskosten. Sie erläutert des Weiteren auch Einnahmen und Ausgaben im Bereich der Kinderbetreuung sowie Änderungen im Bereich der mittelfristigen Finanzplanung.

Herr Röslen erklärt, wie es um die Liquidität der Stadtverwaltung bestellt sei. Für den laufenden Betrieb benötige die Stadt rund 10 Millionen Euro. Bis Ende des Jahres 2014 werde die Liquidität bei voraussichtlich 13,5 Millionen Euro liegen. Ermächtigungsübertragungen aus den Vorjahren könnten durch die momentane Liquidität nicht mehr vollständig gedeckt werden. Das Geld, das man nicht direkt benötige, werde man bei Bankinstituten anlegen. Der Kernhaushalt weise indes Schulden in Höhe von 18,587 Millionen Euro auf. Einen Kredit wolle man in Höhe von 2 Millionen Euro aufnehmen.

Der Vorsitzende gibt das Wort weiter an die Fraktionen.

Stadtrat Schlecht hebt hervor, dass man die Sondertilgung im Jahr 2014 beschlossen habe. Er wundere sich, warum jetzt nicht getilgt werde. Zudem wolle er wissen, warum die Maßnahmen Aicheleknöten, Spitalstraße sowie Krankenhausvorplatz nicht im Haushaltsplanentwurf erwähnt würden.

Fachbereichsleiter Kleinmagd erklärt, dass man anstatt der ursprünglich vorgesehenen 1,6 Millionen Euro lediglich rund 530.000 Euro tilgen konnte. Voraussetzung für die Sondertilgung sei Kreditbedarf im Bereich der Eigenbetriebe. An der Beschlusslage des Gemeinderates wolle man keine Änderungen vornehmen, nur sei eine höhere Sondertilgung momentan einfach nicht möglich.

Stadtrat Lusche spricht die Darstellung der anfallenden Kosten im Bereich der Kinderbetreuung an. Höhere Personalausgaben könne er vertreten, da die Anstellung von qualifiziertem Personal wichtig sei. Dies gelte auch im Bereich der Ausbildung.

Herr Röslen erklärt, dass die Gebäudekosten im Bereich der Kinderbetreuung zukünftig in einem eigenen Produkt ausgewiesen würden.

Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer gibt an, dass man die Entwicklung der Personalkosten in den kommenden Jahren noch nicht genau vorhersehen könne. Für Nachwuchsförderung, insbesondere die Erhöhung der Ausbildungszahlen, Übernahme der Berufsabsolventen und Studierenden der Hochschule Kehl sei ein Budget von 215.000,00 Euro eingerechnet.

Stadtrat Schlecht fragt nochmals, warum die Maßnahmen Aicheleknotten sowie Postareal nicht im Haushaltsplanentwurf aufgeführt würden. Er gibt an, dass er die neue Ausbildungsstrategie der Stadt begrüße. Die Kindertagesstätte im Innocel-Quartier benötige indes bald einen geeigneten Namen.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass Planungsmittel für die Maßnahme Aicheleknotten bewilligt worden seien. Die Planung sei bereits in Gang gesetzt worden. Hinsichtlich der künftigen Führung des Busverkehrs gebe es noch Abstimmungsbedarf. Auch für die Planung der Maßnahmen in der Spitalstraße seien im laufenden Haushalt bereits Mittel bewilligt worden. Die zuständige Mitarbeiterin Frau Loquai befinde sich allerdings momentan in Elternzeit. Dem Thema wurde allerdings auch nicht die höchste Priorität zugewiesen. Die Umsetzung werde sehr teuer werden. Die Themen werde man in der Gemeinderatsklausur Anfang des kommenden Jahres nochmals aufgreifen und priorisieren müssen. Auch im Umfeld des Hebelparks sei bei einer Aufwertung mit Kosten zu rechnen. Hinsichtlich der Maßnahme Aicheleknotten sowie Postareal habe man auch bereits Mittel eingestellt. Die politische Entscheidungsfindung sei allerdings noch nicht abgeschlossen. Konkrete Kosten könnten hier noch nicht veranschlagt werden.

Stadtrat Lusche merkt an, dass es hinsichtlich des Krankenhausvorplatzes bereits eine Beschlusslage des Gemeinderats gäbe. Er wolle wissen, ob diese modifiziert werden müsse.

Der Vorsitzende erklärt, dass man in der Gemeinderatsklausur noch einmal konkret auf alle Maßnahmen eingehen und diese diskutieren wolle. Die Themen Postareal, Palmstraße sowie Bahnhofsvorplatz gelte es dann anzugehen. Er schlägt die weitere Beratung entsprechend der Tagesordnung vor.

**a) Antrag auf Gewährung eines freiwilligen Zuschusses der Schützengesellschaft Hauingen 1909 e. V.
Vorlage: 187/2014**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Von Fachbereichsleiter Wipf wird vorgeschlagen, eine fachliche Prüfung der Baumaßnahme durch den Badischen Sportbund Freiburg e.V. durchführen zu lassen und hiernach den Zuschuss auszubezahlen.

Stadtrat Schlecht stimmt einer Drittelförderung auf zwei Jahre zu.

Stadträtin Kurfeß schließt sich dem an. Dies sei eine große und notwendige Investition für den Verein.

Stadtrat Claassen erklärt, dass die Maßnahme gegenfinanziert sein müsse und der Brombacher Schützenverein Sanierungsarbeiten in Eigenleistung erbracht habe. Ihm fehle es grundsätzlich an einer klaren Linie und einer weiteren Information im Umgang mit Förderanträgen von Vereinen.

Fachbereichsleiter Wipf verweist hierzu auf die Förderrichtlinien, die klare Vorgaben treffen. Und da es sich um eine freiwillige Leistung der Stadt handle, sei über derartige Förderanträge je nach Finanzlage im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu entscheiden.

Stadträtin Kurfeß bestätigt die Orientierung an den Förderrichtlinien. Zudem sei man der Einschätzung des Badischen Sportbundes stets gefolgt. Kleinere Vereine müssten ggf. besser informiert werden.

Stadtrat Schlecht plädiert dafür, sich an die vorhandenen Förderrichtlinien zu halten. Die Verwaltung betreibe mit der Sportkoordinatorin Julia Arndt bereits eine gute Aufklärungsarbeit. In diesem Zusammenhang fragt er nach dem Zuschussantrag der Naturfreunde.

Stadtrat Escher stellt dar, dass der Badische Sportbund nur Maßnahmen vor deren Umsetzung anerkenne. Daher sei gegenwärtig nicht mit weiteren Förderanträgen zu rechnen. In der vorliegenden Vorlage sei der Antrag gut vom Verein begründet und von der Verwaltung beurteilt worden.

Der Vorsitzende erklärt, dass Förderanträge grundsätzlich bis Ende September von den Vereinen zu stellen seien. Dies sei den Vereinen bekannt und müsse besser durchgesetzt werden.

Stadtrat Berg bringt an, dass wenn der Verein im Badischen Sportbund Mitglied sei und dieser die Maßnahme für förderfähig halte, der Gemeinderat entsprechend entscheiden müsse.

Angesichts weiterer erwähnter Anträge (Hebammen, Naturfreunde), fragt Stadtrat Lusche, über was heute diskutiert werde. Er spricht sich gegen eine jetzige Änderung der Tagesordnung aus.

Der Vorsitzende verdeutlicht, dass das Thema Haushalt einen großen Rahmen biete und weitere Diskussionen möglich seien. Gegenwärtig liege eine Vielzahl von Anträgen vor, die verschiedene Charaktere hätten und teils nicht das erforderliche Quorum vorweisen.

Stadtrat Berg merkt an, dass der Antrag der Grünen zu den Hebammen frühzeitig gestellt worden sei.

Stadträtin Höfler erklärt, dass dieser den Ausschussmitgliedern jedoch nicht vorliege.

Stadtrat Bernnat spricht sich dafür aus, sich an der Tagesordnung zu orientieren. Diese Grundsatzdiskussion habe nichts mit dem Zuschussantrag der Schützengesellschaft zu tun.

Der Vorsitzende schließt hiermit die Aussprache und stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Die Schützengesellschaft Hauingen e. V. erhält einen freiwilligen Zuschuss gemäß den Förderrichtlinien der Stadt Lörrach in Höhe von 30% der tatsächlichen Kosten für die Sanierung der Schießanlage (25 m und 50 m Schießstände), höchstens jedoch 64.974 Euro. Dieser Betrag wird aufgeteilt in die Jahre 2015 und 2016. Der Verein muss für die städtische Förderung den Prüfvermerk des Badischen Sportbundes Freiburg e.V. vorlegen.

**b) Antrag auf Gewährung eines freiwilligen Zuschusses des Tennisclub Hauingen e.V. für die Platzsanierung von 2 Tennisplätzen
Vorlage: 214/2014**

Stadtrat Lusche stimmt der vorliegenden Beschlussvorlage zu. Er erkundigt sich dennoch, ob die Begründung des Förderantrags des Tennisclubs mit dem hohen Spielbetrieb ausreiche. Die Infrastruktur der Vereinssportanlagen sollte grundsätzlich einmal beleuchtet werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass man sich an das Votum des Badischen Sportbundes halten werde.

Der Hauptausschuss stimmt sodann einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Der Tennisclub Hauingen e.V. erhält einen freiwilligen Zuschuss gemäß den Förderrichtlinien der Stadt Lörrach in Höhe von 30% der tatsächlichen Kosten für die Platzsanierung, höchstens jedoch 3.431 Euro. Der Verein muss für die städtische Förderung den Prüfvermerk des Badischen Sportbundes Freiburg e.V. vorlegen.

**c) Neubau Sporthalle Tumringen
Außenanlagen, Straßen, Wege, Plätze
Vorlage: 190/2014**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Technik.

Die Stadträte Escher, Schlecht, Claassen und Stadträtin Kurfeß stimmen im Namen ihrer Fraktionen der Beschlussvorlage zu und halten den Sporthallenneubau für eine Aufwertung des gesamten Gebiets.

Hierauf stimmt der Hauptausschuss einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

1. Die Herstellung der geplanten Wegeverbindung und Feuerwehrezufahrt zwischen der Bebauung Mühlestraße und Sporthalle sowie der Verbindungsweg zwischen Freiburger Straße und Teichmattenweg wird vorbehaltlich der Bereitstellung der Mittel im Haushalt 2015 genehmigt.
2. Die Parkplätze entlang dem neuen Verbindungsweg, die ausschließlich für Veranstaltungen in der Halle zur Verfügung stehen, werden vorbehaltlich der Bereitstellung der Mittel im Haushalt 2015 genehmigt.
3. Die Bereitstellung der Mittel in Höhe von 450.000 Euro im Haushalt 2015 wird genehmigt.

**d) EU-weite städtische Reinigungsneuausschreibung
Änderung und Erhöhung der Rahmenbedingungen
Vorlage: 182/2014**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorberatung der Beschlussvorlage im Ausschuss für Umwelt und Technik.

Stadträtin Höfler begrüßt es, dass die Reinigungsleistungen mit den neuen Rahmenbedingungen zunächst für den Zeitraum von zwei Jahren ausgeschrieben werden sollen. Sie appelliert aber auch, die Eltern und Kinder zu einem bewussteren Verhalten zu ermahnen.

Stadtrat Bernnat erklärt aus der Sicht des Schulleiters, dass das Thema Sauberkeit alle Lörracher Schulen massiv beschäftige. Er stimmt der Änderung der Ausschreibungsbedingungen sowie dem Zweijahreszeitraum zu. Hiernach müsse die Problematik erneut beleuchtet werden. Er geht davon aus, dass der Reinigungsturnus 3 mal/Woche nicht ausreichen werde.

Auf Nachfrage von Stadtrat Claassen erläutert stellv. Fachbereichsleiterin Schneider den vorgeschlagenen Reinigungsrythmus.

Stadtrat Werthaler spricht die unfairen Arbeitsbedingungen in der Reinigungsbranche an und begrüßt die Neuausschreibung der Reinigungsdienstleistungen. Er bittet bei der Überarbeitung der Reinigungspläne die jeweiligen Schulleiter und Hausmeister einzubinden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass von den Unternehmen der Mindestlohn zu zahlen sei.

Fachbereichsleiterin Buchauer erklärt ergänzend, dass man die Vorgaben zu den Leistungswerten und Zeiten hochgesetzt habe. Sie gehe daher von einer Verbesserung der Reinigungsleistungen aus. Zudem bestätigt sie die enge Einbindung der Schulleitungen.

Stadtrat Lusche bitte dennoch, auf das Nutzerverhalten - wie bspw. im Energiebereich - einzuwirken.

Nach weiteren Wortmeldungen von Stadträtin Kurfeß und den Stadträten Berg, Bernnat und Lindemer hierzu, schließt der Vorsitzende die Diskussion.

Der Hauptausschuss stimmt sodann einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

1. Die Neuausschreibung der Reinigungsdienstleistungen wird im Jahr 2015 gemäß den in der Vorlage aufgeführten Änderungsvorschlägen der Verwaltung durchgeführt.
2. Der Reinigungsturnus für die entsprechenden Schulräume wird von 2,5-mal wöchentlich auf 3-mal wöchentlich erhöht.
3. Die Festlegung auf moderate Leistungswertgrenzen zur Verbesserung der Reinigungsqualität wird genehmigt.
4. Für das Haushaltsjahr 2015 werden die zu erwartenden Mehrkosten in Höhe von ca. 200.000 Euro und damit Gesamtkosten in Höhe von ca. 950.000 Euro für die Reinigungsleistungen der städtischen Objekte zur Verfügung gestellt.

- Die Sitzung wird für eine Pause von 10.35 bis 11.00 Uhr unterbrochen. -

e) Gestaltung des Hebelparks, Antrag der Grünen-Fraktion

Der Vorsitzende erklärt, dass der Gemeinderat die Verwaltung mit der Entwurfsplanung für die Neugestaltung des Hebelparks beauftragt habe. Der Zustand des Parks sei nicht weiter haltbar. Die günstigste Maßnahmenvariante für eine Parksanierung läge bei rund 200.000 Euro, dabei könne aber eine Umgestaltung gemäß dem Wettbewerbsergebnis nicht umgesetzt werden. Eine Möglichkeit sei, dass die finanziellen Mittel, die zur Neugestaltung des Parks bereitgestellt würden, auf zwei Haushaltsjahre verteilt würden. Man könne allerdings auch komplett aus dem Verfahren aussteigen, müsse dann allerdings mit Schadensersatzansprüchen von Seiten der Planer rechnen.

Stadtrat Wernthaler gibt an, dass der Antrag zur Neugestaltung des Hebelparks durch die Fraktion der Grünen rechtzeitig gestellt worden sei. Im Rahmen der Planungen habe eine vorbildliche Bürgerbeteiligung stattgefunden. Auch eine Exkursion nach Esslingen sei durchgeführt worden. Es bestehe dringender Handlungsbedarf. Es gehe um die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt. Er könne dem Vorschlag die finanziellen Mittel für

die Neugestaltung des Parks auf zwei Haushaltsjahre zu verteilen folgen. Es benötige zunächst nur einer Neugestaltung des Parks. Eine Neugestaltung des Parkumfelds sei vorerst nicht von Nöten. Man müsse einen Betrag von 650.000 Euro, auf zwei Haushaltsjahre verteilt, für die Neugestaltung des Parks ansetzen. Er bittet die weiteren Mitglieder des Gemeinderats um Zustimmung.

Stadtrat Lusche hält den Hebelpark für eine zentrale und wichtige Örtlichkeit in der Stadt. Wenn man handeln wolle, dann jetzt. Ein ursprünglicher Planentwurf habe Investitionen in Höhe von 1.000.000 Euro vorgesehen. Dieser Betrag könne unmöglich geleistet werden. Die Maßnahme müsse durchgeführt werden, wenngleich in geringerem finanziellen Umfang. Man müsse diskutieren, welche Maßnahmen des ursprünglichen Entwurfsvorschlags durchgeführt werden sollen. Man müsse hierbei zwischen einzelnen Maßnahmen Prioritäten setzen. Die CDU wolle eine Neugestaltung des Parks unterstützen, man müsse jedoch einen finanziellen Rahmen einhalten.

Stadtrat Schlecht betont, dass die Fraktion der SPD hinter der Neugestaltung des Hebelparks stehe. Es handele sich hierbei um eine innenstadtrelevante Angelegenheit. Der Hebelpark könne hin zu einem grünen Tor zur Innenstadt entwickelt werden. Die Neugestaltung des Postareals dürfe allerdings nicht aus den Augen verloren werden. Man benötige ein Gesamtkonzept für das Jahr 2015. Eine Begleichung von Schadensersatzansprüchen sei keine Lösung, dieses Geld könne anders investiert werden.

Stadtrat Claassen erklärt, dass man hinsichtlich der Forderung von Schadensersatzansprüchen in Zukunft vorsichtig werden müsse. Man befinde sich in einem Dilemma. Einerseits habe eine sehr gute Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stattgefunden, andererseits habe die Planung zu weite Dimension angenommen. Alle Fraktionen seien für eine Neugestaltung des Hebelparks, jetzt müsse abgesprochen werden, was realisiert werden könne.

Stadtrat Berg ist der Auffassung, dass man anstatt der ursprünglich vorgesehenen Summe in Höhe von 1.000.000 Euro eine Summe von 650.000 Euro für die Neugestaltung des Hebelparks ansetzen müsse. Auch die angrenzenden Bereiche hin zur Turmstraße und hin zur Hebelschule müsse man ins Auge fassen, allerdings erst zu einem späteren Zeitpunkt. Man müsse jetzt handeln und noch im Jahr 2015 mit den Maßnahmen beginnen.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass man das Maßnahmenpaket enger schnüren könne, allerdings nicht komplett anders ausführen dürfe als vorgesehen, da man sonst mit Schadensersatzforderungen rechnen müsse. Der bisherigen Planung und Kostenberechnung sei vom Gemeinderat einstimmig zugestimmt worden. Man müsse die Neugestaltung in den nächsten fünf Jahren durchführen. Der momentane Zustand sei nicht weiter haltbar.

Stadträtin Gula wirft ein, dass im Zuge der Neugestaltung der Belchenstraße auch ein neuer Durchgang von den Gleisen hin zur Unterführung geschaffen werden solle. Der

Eingangsbereich des Hebelparks müsse fertiggestellt sein, wenn die neue Anbindung an den Bahnhof eröffnet werde. Es benötige einen anständigen Zugang zur Innenstadt.

Fachbereichsleiterin Buchauer führt aus, dass ursprünglich 650.000 Euro für die Neugestaltung des Parks in den Haushalt eingestellt worden seien. Nach der Detailplanung habe sich dann herausgestellt, dass insgesamt 980.000 Euro für die Umsetzung der Maßnahmen nötig seien. Man habe bereits mit den Architekten über Einsparmöglichkeiten diskutiert. Es sei möglich, das Volumen der Maßnahmen um 150.000 Euro auf 750.000 Euro zu reduzieren. Wesentliche Elemente der Planung, wie beispielsweise das Wasserspiel und die Anbindung an die Fußgängerzone dürften nicht verloren gehen.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass alle Fraktionen für die Neugestaltung des Hebelparks seien. Momentan sei der Park eine Schandfläche. Es gelte nun, ein passendes Gesamtkonzept zu erarbeiten und umzusetzen. Die ersten Maßnahmen würden noch in diesem Jahr durchgeführt werden. Die Bereitstellung der Mittel folge dann in den kommenden beiden Haushaltsjahren.

Stadträtin Höfler betont, dass die Maßnahmen zeitnah angegangen werden müssten. Auf Brunnen und Wasserspiele dürfe in der Gesamtplanung nicht verzichtet werden. Man müsse auch kräftig einsparen. Die Fraktion der CDU wolle eine der beiden einladenden Bänke finanzieren.

Stadtrat Claassen wolle wissen, von welchem Betrag nun ausgegangen werde. Man könne einsparen, müsse aber wissen an welcher Stelle. Er wolle vorschlagen, dass ein Betrag in Höhe von 150.000 Euro in den Haushalt eingestellt wird.

Der Vorsitzende gibt an, dass ein bereits in den Haushalt eingestellter Betrag in Höhe von 235.000 Euro noch vorhanden sei. Man wolle nun einen weiteren Betrag in Höhe von 265.000 Euro in den Haushalt einstellen, so dass insgesamt 500.000 Euro im Jahr 2015 bereit stehen. Die vorliegende Planung muss dahingehend untersucht werden, welche Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden können und ob weitere Finanzmittel im Jahr 2016 benötigt werden.

Stadtrat Berg befürwortet diese Summe und ist der Auffassung, dass man mit diesem Betrag ein ordentliches Ergebnis erzielen könne. Angrenzende Bereiche brauche man momentan noch nicht anzugehen.

Der Vorsitzende bekräftigt nochmals den Ansatz in der Höhe von 265.000 Euro.

Stadtrat Lusche pflichtet dem bei. Eine solche Entscheidung sei tragbar und zu verantworten. Es solle zeitnah zu weiteren Planungen und der Darlegung der Einsparmöglichkeiten kommen. Die Maßnahme Hebelpark müsse prioritär behandelt werden.

Der Hauptausschuss stimmt dem vorgeschlagenen Vorgehen einstimmig zu.

f) Sportanlagen Grütt, Antrag der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Fachbereichsleiter Wipf erklärt, dass die großen Plätze im Grütt fertig gestellt seien. Es sei richtig, dass das Spielfeld Nummer 6 Bestandteil der Gesamtbetrachtung gewesen sei. Ob dieses jetzt schon realisiert werden solle, sei eine Frage der Haushaltsmittel.

Stadtrat Escher begründet sein Antragsanliegen sowie die Historie der Vereinsplätze. Aus Gründen der Kapazität sei das Spielfeld 6 zwingend notwendig. Die Vereinsarbeit in Brombach und im Grütt sei für die Ehrenamtlichen des FV Brombach nicht zufriedenstellend. Daher spricht er sich dafür aus, die begonnenen Maßnahmen zeitnah zu Ende zu führen. Er schlägt vor, bspw. mit einer Verpflichtungsermächtigung Mittel für die Planung der Kleinspielfelder (Bolzplatz und Rollschuhbahn) für 2015 einzustellen.

Fachbereichsleiterin Buchauer stellt dar, dass sich die erste Kostenschätzung auf 400.000 Euro belaufe, aber noch keine detaillierte Planung vorliege.

Der Vorsitzende pflichtet bei, dass dies lediglich ein vage bezifferter Betrag für die Planung sei. Gleichwohl sieht er die moralische Verpflichtung zur Beendigung der Maßnahme.

Stadtrat Bernnat hält das Antragsanliegen für sinnvoll, der Antragsformulierung vom 19. November 2014 könne er jedoch nicht zustimmen. Sofern lediglich eine Planungsrate und eine weitere Verpflichtungsermächtigung angestrebt würden, bestehe eine andere Situation und es sei eine Änderung des CDU-Antrags erforderlich.

Stadtrat Claassen pflichtet einer Realisierung des Gesamtkonzepts bei, diese sehe er aber noch nicht im kommenden Jahr. Zunächst müsse der FVLB umziehen und der Spielbetrieb gesehen werden. Die Bereitstellung einer Planungsrate halte er für vorstellbar.

Stadtrat Berg bittet, sich an das Gesamtkonzept zu halten. Mittel für die Planung in 2015 und für die Realisierung in 2016 seien denkbar.

Stadtrat Escher bestätigt, dass sein Antragsanliegen so verstanden werden könne. Er halte dies für einen gangbaren Weg.

Fachbereichsleiter Kleinmagd hält die Einstellung einer Planungsrate von 50.000 Euro für verkraftbar. Eine Verpflichtungsermächtigung halte er für problematisch, zumal auch die genauen Kosten nicht bekannt seien. Die Realisierung im übernächsten Haushaltsjahr könne jedoch angepeilt werden.

Auch der Vorsitzende spricht sich gegen eine Verpflichtungsermächtigung aus, die den Haushalt 2016 zu stark belaste.

Stadtrat Schlecht und Stadträtin Kurfeß sprechen sich dafür aus, dem Vorschlag von Fachbereichsleiter Kleinmagd zu folgen und nach der Planung weiterzusehen.

Stadtrat Escher nimmt sich aus, dies in der Fraktionssitzung zu diskutieren. Auf seine weitere Nachfrage erklärt Fachbereichsleiter Kleinmagd, dass eine geringere Verpflichtungsermächtigung unrealistisch sei.

Sodann stimmt der Hauptausschuss der Einstellung einer Planungsrate von 50.000 Euro im Haushalt 2015 für die Planung des sechsten Spielfeldes im Grütt einstimmig zu.

Der Vorsitzende erklärt, dass bei der Verwaltung - teils sehr kurzfristig - noch weitere Anträge von Fraktionen oder Einrichtungen eingegangen seien. Da die Anträge den Ausschussmitgliedern nicht vorlägen, fragt er, ob diese dennoch diskutiert werden sollen.

Stadträtin Höfler plädiert für die Beratung über den Antrag zu den Hebammen und der Kindertagesstätte Guter Hirte.

Stadtrat Bernnat findet eine Information über die weiteren Anträge ohne Abstimmung für in Ordnung. Diese seien dann auf die Tagesordnung des Gemeinderats zu nehmen.

Stadtrat Claassen erklärt, dass die Fraktionsgemeinschaft der Freien Wähler bis zu der Haushaltsplanberatung warten wollte. Angesichts der vielen eingereichten Anträge, habe er im Namen seiner Fraktion aber gestern noch einen Antrag zur Schlossbergschule gestellt.

Stadträtin Kurfeß merkt an, dass der Antrag ihrer Fraktion zu den Hebammen frühzeitig gestellt worden und allen Fraktionen bekannt sei. Sie bedauert, dass der Antrag nicht in der Tagesordnung enthalten sei und auch keine Tischvorlage nachgereicht wurde. Als Richtungsbestimmung vor der Gemeinderatssitzung halte sie eine Abstimmung hierüber für sinnvoll.

Stadtrat Claassen erklärt sich hiermit einverstanden.

Stadtrat Wernthaler spricht den kurzfristig gestellten Antrag des Free Cinema e.V. an, der eine Erhöhung des jährlichen Zuschusses von 2.500 Euro auf 4.500 Euro beinhalte.

Sodann stellt der Vorsitzende die weiteren haushaltsrelevanten Anträge (g bis j) zur Diskussion:

g) Antrag der Grünen-Fraktion zur Situation der freien Hebammen und Unterstützung des Geburtshauses in Lörrach

Der Vorsitzende stellt den Sachverhalt vor und berichtet, dass der Sozialausschuss des Kreistags die Zuschussgewährung von 100 Euro je Geburt abgelehnt habe. Er informiert, dass im vergangenen Jahr 250 Kinder, hiervon 70 aus Lörrach, im Geburtshaus zur Welt gekommen seien. Als symbolisches Zeichen halte er einen einmaligen fixen Zuschuss zu den Nebenkosten i.H.v. 2.500 Euro für denkbar.

Bürgermeister Dr. Wilke ergänzt die Ausführungen.

Stadträtin Krämer spricht sich gegen eine Geburtenprämie der Stadt Lörrach aus, eine Unterstützung des Geburtshauses, auch mit einem höheren Zuschuss, halte sie jedoch für sinnvoll.

Auch Stadtrat Bernnat sieht die schwierige Lage der Hebammen, gleichwohl fragt er, ob es sich hierbei um eine städtische Aufgabe handle. Er spricht sich gegen einen

dauerhaften Zuschuss aus, könne aber einer einmaligen Unterstützung mit 2.500 Euro zustimmen.

Auch Stadtrat Claassen hält das Geburtshaus für eine unterstützenswerte Einrichtung und fragt nach einem höheren Zuschuss.

Stadträtin Kurfeß erklärt, dass es bedauerlich wäre, wenn es in Lörrach kein Geburtshaus gebe. Auch sie könne sich einen höheren Zuschussbetrag vorstellen.

Stadtrat Escher schlägt vor, sich an der Förderung vergleichbarer Einrichtungen zu orientieren.

Fachbereichsleiter Kleinmagd und der Vorsitzende halten eine Erhöhung des einmaligen Zuschusses auf 5.000 Euro für machbar.

Stadtrat Lusche verdeutlicht, dass der einmalige Zuschuss als Nothilfe zu verstehen sei. Zudem solle das Signal vermittelt werden, dass es sich hierbei um keine grundsätzliche Aufgabe der Stadt handle. Er stellt fest, dass das Geburtshaus nicht allein mit Lörracher Geburten existieren könne.

Der Vorsitzende bestätigt, dass die Unterstützung des Geburtshauses keine originäre Aufgabe der Stadt sei. Aufgrund der Wortmeldungen sieht er jedoch den Zuspruch des Ausschusses, zu einer einmaligen Bezuschussung der Einrichtung mit 5.000 Euro.

h) Antrag der Fraktionsgemeinschaft Freie Wähler zur Schlossbergschule, Erweiterung Schulsozialarbeit und Werkraum

Fachbereichsleiter Wipf berichtet, dass für die Schlossbergschule ein Raumkonzept vorliege, welches derzeit umgesetzt und angepasst werde. Der gestern eingegangene Antrag der Freien Wähler müsse noch differenziert beleuchtet werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass für das Anliegen das Raumprogramm sicher auskömmlich sein werde. Man werde das Staatliche Schulamt in die Prüfung einbinden. Für das kommende Jahr sollten daher keine weiteren Mittel in den Haushalt eingestellt werden.

Stadtrat Claassen bittet darum, über den Antrag im Gemeinderat zu entscheiden.

Stadtrat Bernnat verweist auf die Funktion der Arbeitsgruppe Sanierungsbedürftige Schulen, damit es nicht zu derartigen Einzelanträgen komme. Hier sei eine gesamthafte Betrachtung erforderlich.

Stadtrat Berg spricht sich dafür aus, diesen Weg einzuhalten und nach der Aufbereitung des Antragsanliegens im kommenden Jahr zu entscheiden.

Der Vorsitzende pflichtet dem bei und stellt den Antrag daher zurück.

i) Antrag des Naturfreunde Lörrach e.V. auf Gewährung eines Zuschusses zur Dachsanierung des Vereinsheims

Der Vorsitzende erklärt, dass auf Initiative der Naturfreunde der Gemeinderat die Förderung von energetischen Sanierungen von Vereinsheimen beschlossen habe. Für diesen Anstoß sei man dankbar, die Förderung beziehe sich jedoch nur auf künftige Planvorhaben. Mit dem vorliegenden Antrag bitten die Naturfreunde nun um eine nachträgliche Bezuschussung ihrer umgesetzten Dachsanierung.

Fachbereichsleiter Wipf ergänzt die Ausführungen. Den damaligen Antrag der Naturfreunde, vor der Anpassung der Richtlinien, habe man abgelehnt.

Die Stadträtinnen Höfler und Kurfeß und halten es für bedauerlich, aber sehen keine Möglichkeit für eine nachträgliche Förderung.

Stadtrat Schlecht erklärt, dass der Antrag berechtigt und im vergangenen Jahr lediglich zurückgestellt worden sei.

Stadtrat Claassen bedauert dies ebenfalls, da die Initiative gut gewesen sei.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass die Sanierungsmaßnahme der Naturfreunde nicht begleitet und fachlich geprüft werden könnte. Diesen Aspekt müsse man bedenken.

Anhand der Wortmeldungen sieht der Vorsitzende keine Zustimmung für den Antrag der Naturfreunde.

j) Antrag der Kindertagesstätte Kinderhaus „Guter Hirte“ auf gesicherte finanzielle Grundförderung zur Gewährleistung des Fortbestands des Familienstützpunktes

Der Vorsitzende geht auf das Familienzentrum und den Ausbau der Elternarbeit in den Kindertagesstätten ein und berichtet von zwei stattfindenden Entwicklungen. Für das kommende Jahr sei ein Gesamtkonzept hierzu angedacht. Es sei daher nun zu diskutieren, ob der „Gute Hirte“ ausnahmsweise als Modellprojekt für die Konzeption der Familienstützpunkte übergangsweise gefördert werden solle, damit die begonnene Entwicklung nicht abbricht.

Stadträtin Höfler hält ein schlüssiges Gesamtkonzept für sinnvoll. Die CDU-Fraktion habe der Einrichtung bereits geschrieben.

Stadtrat Schlecht teilt mit, dass er sich ein Modellprojekt gut vorstellen könne.

Stadtrat Claassen unterstützt das Erfordernis eines Gesamtkonzepts.

Stadträtin Kurfeß erklärt, dass sie für den Anfang mit dem Modellprojekt leben könne. Sie geht auf die geänderte Funktion der Kinderbetreuungseinrichtungen ein.

Stadträtin Roßkopf erkundigt sich, was man sich konkret unter dem Modellprojekt vorstelle.

Stadtrat Lusche vermisst die Konkretisierung des Projekts.

Fachbereichsleiter Wipf informiert, dass die Projektförderung des Familienstützpunktes auslaufe und mit einem städtischen Zuschuss von 20.000 Euro/Jahr fortgeführt werden könne.

Stadträtin Höfler sieht hierin jedoch einen Widerspruch zur bisherigen Linie der Stadt und des Gemeinderats.

Der Vorsitzende erklärt, dass bei dem Thema die bestehenden Synergien und Kooperationen genutzt werden könnten. Es wäre schade, wenn das bereits funktionierende Projekt enden würde. Er bestätigt, dass es sich hierbei um keine vollumfängliche Aufgabe der Stadt handle. Dies könne in der Finanzierung berücksichtigt werden. Er schlägt daher nochmals vor, das Modellprojekt für ein Jahr zu fördern und zügig an einem Gesamtkonzept zu arbeiten.

Stadtrat Lusche teilt mit, dass er sich hiermit schwer tue, denn nach einem Jahr stehe man erneut vor der Entscheidung. Er bittet das Gremium um Ehrlichkeit.

Stadträtin Kurfeß informiert, dass das Projekt in Abstimmung mit der Stadt entstanden sei und es durch den OB-Wechsel zu einem Unterbruch kam. Sie bittet um die Aufbereitung in einer Beschlussvorlage für die nächste Gemeinderatssitzung.

Stadtrat Bernnat und Fachbereichsleiter Wipf äußern Verständnis für die Bedenken von Stadtrat Lusche. Da aktuell jedoch eine neue Entwicklung anstehe, scheine das Modellprojekt sinnvoll.

Der Vorsitzende begrüßt die inhaltliche Entwicklung und geht davon aus, dass weitere Einrichtungen kommen werden. Hier sei auf die Finanzierung zu achten.

Fachbereichsleiter Kleinmagd erklärt, dass ein einmaliger Zuschuss von 20.000 Euro möglich sei.

Von Stadtrat Berg wird die Begleitung der Entwicklung als städtische Aufgabe angesehen.

Der Vorsitzende macht abschließend deutlich, dass der Landkreis bei dem Thema mit ins Boot zu holen sei. Um der Einrichtung mehr Sicherheit zu geben, sei auch ein Zeitraum von zwei Jahren zu überlegen. Er verspricht die Erarbeitung einer Beschlussvorlage.

Der Vorsitzende erklärt, dass die weiteren gestellten Anträge nicht haushaltsrelevant seien. Das weitere Vorgehen hierzu werde im Ältestenrat abgestimmt. Auf Bitte von

Stadtrat Schlecht sagt der Vorsitzende zu, dass alle Anträge den Stadträtinnen und Stadträten gesamthaft zur Verfügung gestellt werden.

- Die Sitzung wird für eine Mittagspause von 12.50 bis 13.35 Uhr unterbrochen. -

TOP 2

Ergebnishaushalt 2015

Der Vorsitzende fragt, ob es von Seiten des Gremiums Fragen zu einzelnen Teilhaushalten gebe.

Stadtrat Schlecht vertritt die Meinung, dass die Kulturzuschüsse im Bereich der Jugendarbeit in Höhe von 15 Euro pro Person und pro Jahr relativ gering ausfallen würden.

Fachbereichsleiter Frick antwortet, dass es beispielsweise den Musikvereinen an finanziellen und personellen Möglichkeiten mangle. In Absprache mit den Vereinen und der Musikschule habe man ein neues Ausbildungsförderungskonzept erarbeitet.

Der Vorsitzende sowie Stadtrat Schlecht befinden dies für gut.

Stadtrat Lusche findet, dass hinsichtlich der Einrichtung Nellie Nashorn, auch in der Öffentlichkeit, eine rege Diskussion geführt worden sei. Die seinerzeitige Entscheidung des Gemeinderates sei wichtig gewesen. Er wolle wissen, ob es mittlerweile eine tragfähige Konzeption für das Fortbestehen der Einrichtung und Helfer, die diese Konzeption umsetzen gebe. Beispielhaft nennt er den ehrenamtlichen Betrieb der Gastronomie. Zudem wolle er wissen, wie man sich die Abläufe in Zukunft konkret vorstelle. Die primäre Aufgabe des Insolvenzverwalters Michelsen bestehe in der Bedienung der Gläubiger, eine Neukonzeption für den Betrieb sei sekundäre Aufgabe. Ihn interessiere, ob man wissen, wo in der Vergangenheit die Fehler lagen. Er fragt, wie groß der aufgelaufene Schuldenberg sei. Man müsse auch verantwortungsbewusst mit Steuergeldern umgehen. Man sei nicht grundsätzlich gegen ein Fortbestehen der Einrichtung, wolle aber wissen, wie viele ehrenamtliche Helfer in Zukunft mithelfen würden.

Stadtrat Perinelli hebt hervor, dass das Nellie Nashorn künstlerisch stets gute Arbeit geleistet habe, dass aber der gastronomische Bereich defizitär gewesen sei. Es brauche deshalb einen guten, wirtschaftlich vorausschauenden Gastronomen.

Stadtrat Schlecht findet, dass das Nellie Nashorn die internationalen Theatertage hätte durchführen müssen. Er hoffe auf einen positiven Abschluss des Insolvenzverfahrens. Die Gastronomie müsse weiterentwickelt werden.

Stadtrat Wernthaler sagt, dass endgültige Fragen zur künftigen Trägerschaft noch nicht geklärt seien. Mit Herrn Krause gebe es einen guten Ansprechpartner. Es bedürfe eines Neuanfangs. Für einen neuen Trägerverein gebe es bereits einige Zusagen. Er bittet das Gremium um Zustimmung zu dem Zuschuss. Rechtsanwalt Michelsen leiste eine gute Arbeit und habe Interesse am Fortbestehen der Einrichtung.

Stadtrat Claassen hält fest, dass man mit Herrn Krause einen guten Ansprechpartner habe. Die bisherige Entscheidung des Gemeinderats sei richtig gewesen. Es bedürfe in Zukunft eines angemessenen Controllings. Es brauche genaue Vorgaben.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass man sich grundsätzlich über ein Fortbestehen der Einrichtung einig sei. Zwar sei die Summe von 20.000 Euro ein nicht zu vernachlässigender Betrag, jedoch solle dieser für das Nellie Nashorn in den Haushalt eingestellt werden.

Stadträtin Höfler wolle wissen, warum der Ansatz für die KONUS-Karte um 4.000 Euro gestiegen sei. Ebenso sei der Ansatz für den Weihnachtsmarkt um 11.000 Euro gestiegen.

Fachbereichsleiter Frick gibt an, dass er eine Antwort hinsichtlich der KONUS-Karte nachreichen wolle.

Fachbereichsleiter Kleinmagd erklärt, dass hinsichtlich des Weihnachtsmarktes die Einnahmen und Ausgaben gleich ausfallen würden.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Verwaltung die Antworten nachreichen wolle.

Stadtrat Lusche fragt, warum die Einnahmen durch Buß- und Ordnungsgelder im ruhenden und fließenden Verkehr so stark gestiegen seien. Es könne nicht sein, dass auf diesem Wege die Sanierung des Haushalts angestrebt werde.

Bürgermeister Dr. Wilke führt aus, dass es in diesem Jahr zur Aufstellung von vier neuen Radaranlagen gekommen sei. Dies sei ein Grund für die Zuwächse. Ein weiterer Grund sei der verstärkte Einsatz des Gemeindevollzugsdienstes, insbesondere auch in den Ortsteilen, wo eine größere Kontrolle, gerade des stehenden Verkehrs gewünscht worden sei. Der Gemeindevollzugsdienst kontrolliere nun im Zwei-Schicht-System. Auch von Seiten des Polizeivollzugsdienstes gebe es wachsende Beträge, die an die Stadt überwiesen würden.

TOP 3

Investitionen 2015

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Stadtrat Schlecht betont die Wichtigkeit der Maßnahmen zum Hochwasserschutz in Hauingen. Es handele sich bei den Maßnahmen nicht um bloße Kosmetik, sondern tatsächlich um Schutzvorrichtungen gegen weitere Hochwasser.

Stadtrat Claassen nennt wichtige Projekte wie den Wettbewerb RegioWin, die Maßnahme Parkplatz Bergstraße, den Radweg rechts der Wiese, die Schaffung eines barrierefreien Zugangs zum Rathaus Brombach sowie den Spielplatz Hammerstraße. Er wolle wissen, ob sich die Wohnbau Lörrach dort engagieren könne.

Bürgermeister Dr. Wilke führt aus, dass er hoffe, dass man im Rahmen des Wettbewerbs RegioWin zum Zuge komme. Sollte man nicht zum Zuge kommen, würde man trotzdem mit großen finanziellen Aufwendungen rechnen müssen. Hinsichtlich des Radwegs rechts der Wiese befinde man sich in einem Bebauungsplanverfahren. Hierbei spiele die Naturschutzthematik jedoch eine besondere Rolle. Man habe zu berücksichtigen, dass es in dem Bereich zu Rutschungen kommen könne. Es solle nun zunächst weitergeplant und dann diskutiert werden. Im Rathaus Brombach sei nun ein barrierefreier Zugang zum Sitzungssaal sowie zum Trauzimmer hergestellt. Hier wisse man bisher noch nicht, wie sich die Lage noch weiter entwickle. Die Situation am Spielplatz Hammerstraße werde, auch im Rahmen von Bürgerbeteiligung, noch weiter beraten.

Fachbereichsleiter Wipf wirft ein, dass dies in der Quartierskonferenz Neumatt geschehe. Der Spielplatz sei für die dortigen Bürgerinnen und Bürger sehr wichtig. Man diskutiere gemeinsam, wo man hinwolle, dann mache man Nägel mit Köpfen.

Der Vorsitzende sagt, dass man den Spielplatz nicht gegen Stellplätze eintauschen wolle.

Stadtrat Schlecht wolle wissen, wann mit der Einrichtung eines Stadtbusnetzes begonnen werden könne.

Bürgermeister Dr. Wilke sagt, dass dieses Thema bald angegangen werde, man aber noch abwarten wolle, bis am 1. März 2015 der neue Leiter des Eigenbetriebs Stadtwerke der Stadt Lörrach seine Arbeit aufgenommen habe.

Der Vorsitzende erklärt, dass man zum kommenden Fahrplanwechsel noch nicht handlungsfähig sei, man aber im Jahr 2016 in die Umsetzung gehen wolle.

Stadträtin Gula spricht das Museumsdepot als Aufgabe für die kommenden Jahre an.

Stadtrat Claassen spricht die Einführung von Kurzstrecken- und City-Tarife an, welche die Stadt Lörrach anstreben solle.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Verwaltung sich diesen Aufgaben widmen wolle.

TOP 4

Finanzplan 2014-2018

Vom Hauptausschuss wird kein weiterer Erläuterungsbedarf gesehen.

Herr Röslen stellt anhand von Folien dar, wie sich der Stand des städtischen Fehlbetrags nach Beratung der Haushaltsanträge im Vergleich zum Stand vor der Beratung verändert habe (Anlage 2).

Der Vorsitzende erklärt, dass man die Haushaltsplanung mit Augenmaß durchführe. Finanzielle Mittel seien leider endlich.

Sodann stimmt der Hauptausschuss dem Haushalt 2015 einstimmig zu.

TOP 5

Ersatzbeschaffung eines Messfahrzeuges

Vorlage: 212/2014

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Der außerplanmäßigen Ausgabe zur Ersatzbeschaffung eines Messfahrzeuges in Höhe von 39.000 Euro wird zugestimmt. Die Finanzierungsmittel stehen im Rahmen der Gesamtdeckung des Haushalts zur Verfügung.

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

gez. Lutz

Urkundspersonen:
gez. Kurfeß / Schlecht

Schriftführung:
gez. Heinze / Ockenfuß